

Stand: 25.12.2025 04:45:17

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/54

"Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sofort aus der Bayernkaserne in München in Jugendhilfeeinrichtungen verlegen - zusätzliche Plätze in der Clearingstelle für minderjährige Flüchtlinge schaffen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/54 vom 07.11.2013
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/149 des SO vom 26.11.2013
3. Beschluss des Plenums 17/297 vom 10.12.2013
4. Plenarprotokoll Nr. 7 vom 10.12.2013



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Christine Kamm, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sofort aus der Bayernkaserne in München in Jugendhilfeeinrichtungen verlegen – zusätzliche Plätze in der Clearingstelle für minderjährige Flüchtlinge schaffen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die über 150 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die gegenwärtig noch in der Bayernkaserne in München untergebracht sind, umgehend, d.h. bis spätestens zum Ende des Jahres, in Einrichtungen der Jugendhilfe zu verlegen.

Darüber hinaus bemüht sich die Staatsregierung gemeinsam mit den zuständigen Trägern der Jugendhilfe um die kurzfristige Bereitstellung zusätzlicher Jugendhilfeplätze für minderjährige Flüchtlinge und um die Schaffung von jeweils 50 zusätzlichen Plätzen in den Clearingstellen für neuankommende unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in München, Nürnberg, Regensburg und Augsburg. Die Empfehlungen des vom Staatministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen eingerichteten Forums Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (For.UMs) werden schnellstmöglich umgesetzt.

Die Staatsregierung unterstützt die Kommunen bei der Unterbringung und Betreuung der unbegleiteten Minderjährigen mit einem eigenen Förderprogramm.

Begründung:

Entgegen den Zusagen der Staatsregierung, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge schnellstmöglich in Einrichtungen der Jugendhilfe unterzubringen, leben in der Bayernkaserne in München immer noch weit über 150 Jugendliche unter Bedingungen, die das Kindeswohl gefährden. Die minderjährigen Flüchtlinge leben teilweise seit mehr als 10 Monaten in der völlig überfüllten Erstaufnahmeeinrichtung. Eine ausreichende soziale Betreuung und Begleitung der Jugendlichen ist nicht gewährleistet. Die u.E. unzumutbaren Bedingungen in der Bayernkaserne haben in der Vergangenheit immer wieder zu Protestaktionen der minderjährigen Flüchtlinge geführt. Ihre hoffungs- und perspektivlose Situation treibt zudem zahlreiche Jugendliche in tiefe Depression und Verzweiflung. Den Sozialbetreuern von der Inneren Mission wurden die Verträge zum 31. Dezember 2013 gekündigt. Aus all diesen Gründen sind die noch in der Bayernkaserne untergebrachten unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge bis spätestens zum Jahresende 2013 in Einrichtungen der Jugendhilfe zu verlegen.

Insbesondere in München und im Münchner Umland gibt es gegenwärtig zu wenige Jugendhilfeplätze für minderjährige Flüchtlinge. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden und den zuständigen Trägern der Jugendhilfe ein Programm zur kurzfristigen Bereitstellung zusätzlicher Jugendhilfeplätze zu entwickeln. In dieses Programm sollten auch alternative Wohnmodelle, wie betreute Wohngemeinschaften, einbezogen werden. Außerdem sind auch im Bereich der Clearingstellen für neuankommende unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zusätzliche Plätze erforderlich. Die Staatsregierung bemüht sich deshalb darum, gemeinsam mit den Trägern der Jugendhilfe in München, Nürnberg, Regensburg und Augsburg jeweils 50 zusätzliche Plätze in den Clearingstellen zu schaffen.

Darüber hinaus sind auch die weiteren Empfehlungen des von Frau Staatsministerin Christine Haderthauer eingerichteten Fachforums „Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge“ schnellstmöglich umzusetzen. Die Aufnahmeeinrichtungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Zirndorf und München werden bis zum Jahresende 2013 geschlossen. Für die schnelle Bereitstellung von alternativen Unterbringungsplätzen in den Clearingstellen und in der Jugendhilfe stellt der Freistaat den Kommunen die notwendigen Mittel zur Verfügung.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und
Integration**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause,
Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 17/54

**Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sofort aus der Bayernka-
serne in München in Jugendhilfeeinrichtungen verlegen - zusätz-
liche Plätze in der Clearingstelle für minderjährige Flüchtlinge
schaffen!**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatterin: **Christine Kamm**
Mitberichterstatter: **Martin Neumeyer**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 2. Sitzung am 14. November 2013 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 3. Sitzung am 26. November 2013 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Joachim Unterländer
Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Christine Kamm, Kerstin Celina, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Ulrich Leiner, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/54, 17/149

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sofort aus der Bayernkaserne in München in Jugendhilfeeinrichtungen verlegen – zusätzliche Plätze in der Clearingstelle für minderjährige Flüchtlinge schaffen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures
II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über einen Verordnungsentwurf und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Ausgenommen von der Abstimmung ist die Listennummer 2, die einzeln beraten werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zum Verordnungsentwurf und zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Enthaltungen? – Auch nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über einen Verordnungsentwurf und der nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- | | |
|--------|---|
| (E) | einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses |
| (ENTH) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss |
| (A) | Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss |
| (Z) | Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss |

1. Antrag der Staatsregierung
auf Zustimmung gemäß Art. 21 Abs. 2 Satz 4 des Denkmalschutzgesetzes zum
Entwurf einer Zwölften Verordnung über den Entschädigungsfonds nach dem
Denkmalschutzgesetz
Drs. 17/43, 17/235 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Garantie für Lehrerstellen: Demografische Rendite muss im Schulsystem bleiben
Drs. 17/20, 17/176 (A)

der Dringlichkeitsantrag wird gesondert beraten

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen – Sofortige Einrichtung zusätzlicher
Erstaufnahmeeinrichtungen für Bayern
Drs. 17/47, 17/147 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Flüchtlinge menschenwürdig behandeln – Bargeld statt Essenspakete
Drs. 17/48, 17/148 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>

5. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sofort aus der Bayernkaserne in München in Jugendhilfeeinrichtungen verlegen – zusätzliche Plätze in der Clearingstelle für minderjährige Flüchtlinge schaffen!
Drs. 17/54, 17/149 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Ergebnisse der repräsentativen Umfrage unter bayerischen Pflegekräften zur Pflegekammer vorlegen!
Drs. 17/53, 17/189 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Pflegenotstand in Bayern
Drs. 17/86, 17/190 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller,
Kathi Petersen u.a. SPD
Befragung zur Einrichtung einer Pflegekammer in Bayern
Drs. 17/87, 17/191 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Repräsentative Umfrage zur Errichtung einer Pflegekammer – wo sind die
Ergebnisse?
Drs. 17/91, 17/192 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
BayernLB: Rückzahlungen sicher? Landtag informieren!
Drs. 17/123, 17/173

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

11. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Neue Turbulenzen bei der Landesbank - Sachstandsbericht
Drs. 17/144, 17/174

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

12. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Harald Güller, Günther Knoblauch
u.a. SPD
Risiken bei der BayernLB und Kosten für den Staatshaushalt
Drs. 17/159, 17/175

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

der den Antrag für erledigt erklärt hat

13. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Walter Taubeneder, Alex Dorow u.a. CSU, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Hans-Ulrich Pfaffmann u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Subsidiarität – Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf eine Standard-Mehrwertsteuererklärung
(BR-Drs. 735/13)
Drs. 17/120, 17/121 (E)

Es wurde nicht beantragt, die Angelegenheit der Vollversammlung vorzulegen.

**Die Eilentscheidung (Beschluss) des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen vom 26. November 2013 gemäß § 151 GeschO ist somit endgültig.
(Drs. 17/122).**

Ein Plenarbeschluss ist nicht mehr erforderlich.